

681.1 sd

FINANZ- UND WAEHRUNGSPOLITISCHE PROBLEME AUS
SCHWEIZERISCHER SICHT

Ansprache von Bundesrat Otto Stich,
Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes

vor der Schweizerischen Industrie- und Handelskammer in Japan
vom 20. Juni 1985 im Hotel Capitol Tokyu in Tokio

Herr Präsident,
Herr Botschafter,
sehr verehrte Damen und Herren,

Es ist für mich eine besondere Freude, die Grüsse des Bundesrates und des Schweizer Volkes an die Schweizerische Industrie- und Handelskammer in Japan auszurichten.

Ihrer Kammer möchte ich unsere Dankbarkeit und Anerkennung aussprechen für Ihren grossen Beitrag zur Förderung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit einer der grössten Wirtschaftsmacht der Welt. Diese Beziehungen beruhen auf einer Jahrhunderte alten Tradition und haben sich im grossen und ganzen recht erfreulich entwickelt.

- 2 -

Als der Vertreter einer Internationalen Organisation neulich nach einem Besuch in unserem Land in sein Hauptquartier zurückkehrte, stellte er nüchtern fest, die Schweiz hätte eigentlich keine Probleme.

Diese Feststellung hat den Schweizerischen Finanzminister einerseits entzückt, andererseits aber auch verärgert, weil ich alles andere als den Eindruck habe, dass ich bald arbeitslos werden könnte.

In der Tat muss ich aber zugeben, dass unsere Probleme im Vergleich zu denjenigen, mit welchen zum Beispiel die Schuldnerländer konfrontiert werden, wesentlich kleiner sind. Ferner will ich unterstreichen, dass unsere Sorge hauptsächlich darin besteht, den richtigen Kurs halten zu können und zu vermeiden, dass unserem Land ernsthafte Probleme erwachsen.

In diesem Sinne habe ich mir vorgenommen, Sie zuerst über die Wirtschaftslage und über die Wirtschaftspolitik der Schweiz zu orientieren. Anschliessend beabsichtige ich, Sie in Bezug auf den Gesundheitszustand des Finanzplatzes Schweiz zu beruhigen. Schliesslich werde ich mit einigen Ausführungen die Verbesserungsmöglichkeiten des internationalen Währungssystems streifen, ein Thema, das von den Industrieländern im Rahmen der Zehnergruppe behandelt wird.

Zur Wirtschaftslage der Schweiz

Die Ergebnisse des ersten Quartals dieses Jahres deuten auf eine neue Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz hin. Demnach dürfte die reale Zuwachsrate des Bruttoinlandproduktes von 2 bis 2,5 % 1984 auf rund 3 % in diesem Jahr steigen

- eine Wachstumsrate, die hier in diesen Breitengraden vielleicht bescheiden, in Europa aber ansehnlich ist.

Getragen wird die schweizerische Konjunktur vor allem durch die Ausfuhren, die im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 9 % zugenommen haben. Der Exportaufschwung kann zu einem wesentlichen Teil auf den hohen Dollarkurs zurückgeführt werden. Zudem kommt der Schweiz zugute, dass die Nachfrage nach Investitionsgütern - das Gros unserer Exporte - innerhalb einer Aufschwungsphase relativ spät zum Tragen kommt. So kann eine Verflachung der Ausfuhren in die USA durch ein Anziehen der Investitionsgüterexporte nach Europa aufgefangen werden. Von der inländischen Konjunkturbelebung profitiert die Maschinenindustrie sowie die Chemie-, Metall- und Uhrenindustrie, was sich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv auswirkt. Die Arbeitslosenquote liegt heute wieder bei 1 % der aktiven Bevölkerung.

Die konjunkturelle Entwicklung schlug sich auch in den Preisen nieder. Zudem haben wir zum Jahresbeginn einen starken Teuerungsschub erlitten, der hauptsächlich auf den Höhenflug des Dollars und die ausserordentlich kalte Witterung zurückzuführen war. Die Jahreststeuerung ist jedoch in der Zwischenzeit wieder unter 4 % gefallen.

Zur schweizerischen Wirtschaftspolitik

Als kleines offenes Land, das etwa jeden zweiten Franken seines nationalen Einkommens im Ausland erwirtschaftet, kann die Schweiz mit ihrer Wirtschaftspolitik kein fein reguliertes Wirtschaftsklima schaffen. Ziel ihrer Wirtschaftspolitik ist vielmehr, gesunde und stabile Rahmenbedingungen zu gewährleisten, in denen sich die Wirtschaft frei entfalten und auf den Weg eines inflationsfreien Wachstums geleitet werden kann.

Dies gilt z.B. für die monetäre Politik. Seit 1982 setzt die Nationalbank - im Einvernehmen mit der Regierung - eine Wachstumsrate von 3 % für das jährliche Wachstum der Geldmenge fest. Sofern keine ausserordentlichen Entwicklungen auf den Devisenmärkten - ich erinnere an 1978 - eine temporäre Rückkehr zu einer Wechselkurspolitik erzwingen, ist die Nationalbank bestrebt, das vorgegebene Ziel zu erreichen. Das ist ihr im grossen und ganzen auch gut gelungen. Die schweizerische Inflationsrate blieb denn auch sehr deutlich unter der Durchschnittsrate der OECD-Länder.

Dieselbe Stabilität zeichnet die Budgetpolitik aus. Die konsolidierten Budgets der Eidgenossenschaft, der Kantone und Gemeinden sehen für das laufende Jahr ein Defizit in der Grössenordnung von weniger als 1 % des Bruttoinlandproduktes vor. Die Gesamtausgaben weisen mit 28,5 % unter den Industrieländern einen der tiefsten Anteile am Bruttosozialprodukt auf. Unsere Budgetpolitik zielt darauf ab, die Staatsquote am Bruttosozialprodukt im Zaume zu halten und mittelfristig das Budgetdefizit zu beseitigen. Dieses Ziel, das auf eine breite Unterstützung im Parlament und in der öffentlichen Meinung rechnen kann, schliesst allerdings bewusste Massnahmen zur Stützung der Konjunktur nicht aus, wenn sich dies, wie 1983, als notwendig erweist. Im Gegenteil: das Gleichgewicht des Bundeshaushaltes, das wir anstreben, ist nicht Selbstzweck. Vielmehr gilt es, die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten und zwar vor allem im Hinblick auf die Aufgaben, die wir in Zukunft wahrnehmen müssen.

Der Finanzplan für die Legislaturperiode 1983 bis 1987 sieht eine Rückkehr zu einer ausgeglichenen Rechnung vor. Neueste interne Analysen zeigen, dass dieses Ziel erreichbar ist, wenn die Anstrengungen zur Ausgabendisziplin nicht nachlassen.

- 5 -

Ich möchte Sie nicht mit Details belästigen. Ich darf aber feststellen, dass es insbesondere in einer Regierung wie der unsrigen, in der vier Parteien vertreten sind, viel einfacher ist, sich über allgemeine Ziele als über konkrete Massnahmen zu einigen. Umso erfreulicher waren die positiven Ergebnisse der Volksabstimmung vom vergangenen 9. Juni. Mit der Annahme der drei Finanzvorlagen wurde der Bundeshaushalt um etwa 400 Mio. Franken entlastet, was wesentlich zur Sanierung der Bundesfinanzen beiträgt.

Andererseits mehren sich die Vorschläge in Richtung Steueranpassung, was im Klartext meistens Steuererleichterungen auf breiter Front bedeutet. Deshalb scheint es mir angebracht, das Thema Finanzplatz Schweiz anzuschneiden.

Finanzplatz Schweiz

Im Laufe des letzten Jahres, anlässlich der Uebernahme einer Londoner-Broker-Firma durch eine Schweizer Grossbank, traten verschiedene Bankenvertreter ins Rampenlicht mit der Behauptung, dass die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz gewisse Aktivitäten behindern würden. Es wäre deshalb zu befürchten, dass zunehmende Teile des Wachstums von Schweizer Banken auf ausländischen Finanzplätzen realisiert werden müssten. Kurz darauf wurde mir von Bankenseite ein Katalog von Steueranpassungsvorschlägen unterbreitet.

Das Klagelied der Schweizer Banken wurde von der internationalen Finanzpresse nicht ohne Schadenfreude aufgenommen und mit Kommentaren versehen, wonach die Tage des Finanzplatzes Schweiz gezählt wären. Als das Bewusstsein erwachte, dass mit der eingeschlagenen Oeffentlichkeitsarbeit eine gefährliche Negativ-

werbung betrieben wurde, fingen prominente Bankiers an, Gegensteuer zu geben und den Standort Schweiz in Schutz zu nehmen.

Um etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen, hat das Finanzdepartement eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt mit der Aufgabe, die Probleme des Finanzplatzes Schweiz zu prüfen.

Der Schlussbericht dieser Gruppe liegt noch nicht vor, aber die Umrisse der Schlussfolgerungen beginnen sich abzuzeichnen:

Die Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz wurde seit jeher durch die liberale, marktwirtschaftliche Haltung der Behörden unseres Landes begünstigt. Seit einigen Jahren rollt eine Deregulationswelle über die Kontinente und zwar in der Gestalt von Steueranpassungen und einem Abbau von Vorschriften. Es ist eigentlich normal und keineswegs überraschend, dass andere Finanzzentren, die bisher in ihrer Entwicklung behindert waren, nun das verlorene Terrain zurückgewinnen, und dass gewisse Umlagerungen von Transaktionen in einem stark expandierenden Markt stattfinden. Die Schweiz kann auch nicht den Anspruch erheben, der grösste Finanzplatz der Welt zu werden.

Die erwähnte Arbeitsgruppe hat auch die Frage zu prüfen, in welchem Masse die Höhe der Umsatzabgabe auf den kurzfristigen Papieren die Entwicklung des Geldmarktes in der Schweiz beeinflusst. Wir warten nun auf die Empfehlung der Arbeitsgruppe, wobei zu unterscheiden sein wird zwischen dem Wünschbaren und dem politisch bzw. finanzpolitisch Machbaren. Dabei darf man aber nicht ausschliesslich von der steuerlichen Belastung sprechen, denn für den Bankkunden ist dies nur ein Kostenfaktor unter anderen. Sicher muss ich Sie nicht weiter über die übrigen Kosten aufklären.

- 7 -

Unterdessen behält der Finanzplatz Schweiz seine massgeblichen Standortvorteile wie

- die politische Unabhängigkeit
- die politische Stabilität
- den sozialen Frieden
- die rechtliche Sicherheit
- die volle Freizügigkeit der Finanztransaktionen.

Schliesslich: wer könnte glauben, der Finanzplatz Schweiz sei ernsthaft bedroht, wenn man z.B. feststellt, dass der Bestand des Bankpersonals in der Schweiz seit Anfang dieses Jahrzehnts trotz umfangreicher Rationalisierungsinvestitionen um etwa 13 % angestiegen ist und nun den Stand von rund 100'000 Personen erreicht hat, oder wenn man feststellt, dass sich die bewilligungspflichtigen Kapitalausfuhren (Brutto) in der Zeit von 1975 bis 1984 auf rund 270 Mrd. belaufen, wobei allein auf die vergangenen 3 Jahre knapp 120 Mrd. Franken entfallen.

Wie ein Schweizer Bankier neulich in Hongkong zu diesem Thema bemerkte, kann man für den Finanzplatz Schweiz den Inhalt des berühmten Telegramms von Mark Twain an die Associated Press benützen:

"The report of my death was an exaggeration".

Zum internationalen Währungssystem

Der Hauptgrund meines Besuchs in Tokio ist die Teilnahme an der morgigen Sitzung der Minister und Gouverneure der Zehnergruppe. Die Zehnergruppe setzt sich aus den Industrieländern

zusammen, welche mit dem IWF Kreditvereinbarungen (AKV) abgeschlossen haben. Diese AKV haben zum Ziel, dem Währungsfonds zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn es darum geht, einer Krise des internationalen Währungs- und Finanzsystems vorzubeugen. Die Schweiz ist im Frühling 1984 mit ihrem Beitritt zu den AKV in diese Gruppe aufgenommen worden.

Die Minister und Gouverneure werden sich morgen mit einem Bericht befassen, der von ihren Stellvertretern redigiert worden ist. Worum handelt es sich ?

Im Anschluss an das Gipfeltreffen der Regierungschefs der sieben grossen Industrieländer in Williamsburg im Mai 1983 erhielten die Stellvertreter von den Finanzministern und Notenbankgouverneuren der Zehnergruppe den Auftrag, nach Möglichkeiten zur Verbesserung des internationalen Währungssystems zu suchen.

Nach zwei Jahren Beratungen haben die Stellvertreter kürzlich ihre Arbeiten abgeschlossen. Der Bericht kann wie folgt zusammengefasst werden:

Das gegenwärtige System flexibler Wechselkurse hat sich unter schwierigen Bedingungen im grossen und ganzen bewährt, und es besteht heute keine realistische Alternative. Die Tatsache, dass die Wechselkurse starken kurz- und mittelfristigen Schwankungen ausgesetzt sind, wird als Hauptschwäche dieses Systems betrachtet. Sie kann weitgehend beseitigt werden, wenn es gelingt, die Konvergenz und die Kompatibilität zwischen den Wirtschaftspolitiken der wichtigsten Länder zu verbessern. Zu diesem Zweck soll die internationale Ueberwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken hauptsächlich im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und der Zehnergruppe verstärkt werden.

Da wir keine zu hoch gesteckten Erwartungen in die Arbeiten der Stellvertreter der Zehnergruppe hegten, wurden wir auch nicht enttäuscht. Ihr Bericht darf insgesamt als ausgewogene Darstellung des heutigen Internationalen Währungssystems bezeichnet werden.

Entgegen manchen Erwartungen konnte es realistischerweise nicht darum gehen, neue Wege zu einer Reform des internationalen Währungssystems aufzuzeigen. Die Hauptprobleme auch des heutigen Systems liegen nicht im institutionellen Bereich, sondern beim Verhalten der massgebenden Länder. Im Vordergrund musste deshalb das Bemühen stehen, die Bedeutung einer auf gesamtwirtschaftliche Stabilität ausgerichteten und international abgestimmten Politik zu unterstreichen, sowie Wege zur Verbesserung der diesbezüglichen Verhältnisse aufzuzeigen.

Die Schweiz kann sich den im Bericht der Stellvertreter enthaltenen Vorstellungen anschliessen. Es ist nicht zu bestreiten, dass das System der flexiblen Wechselkurse der Schweiz erlaubt hat, in den letzten Jahren ihre Inflationsrate wesentlich unter dem Weltdurchschnitt zu halten. Es liegt aber auch im Interesse der Schweiz, die Bemühungen zu unterstützen, die zum Ziel haben, eine grössere Stabilität der Wechselkurse zu fördern. Deshalb ist mein Land auch bereit, sich der "Surveillance" im Rahmen der Zehnergruppe anzuschliessen und sich an ihr zu beteiligen, vorausgesetzt natürlich, dass ein inflationsfreies Wachstum allgemein als das Hauptziel der Wirtschaftspolitik betrachtet wird.

Dabei sind wir aber um eines besorgt: kann sich die im Bericht skizzierte "Surveillance" rasch und stark genug auswirken, um die in den internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zurückgestauten Spannungen abzubauen? Es ist z.B. besorgniserregend zu sehen, dass nach einer kürzlich durchgeführten

Meinungsumfrage mehr als zwei Drittel der Bevölkerung der grössten Wirtschaftsmacht der Welt sich für Einfuhrbeschränkungen ausspricht, hauptsächlich deshalb, weil die Wirtschaft dieses Landes unter einer stark überbewerteten Währung leidet.

Lösungen müssen gefunden werden: um die genannten Spannungen abzubauen, braucht es keine neue institutionelle Bindung, sondern eine engere und pragmatische internationale Zusammenarbeit.

* * * * *

* * * * *

* *